

Für Sachsen

Zeitung zur Landtagswahl 2014 in Dresden

DIE LINKE.



Unser Land braucht endlich neue Impulse

Zugegeben: Sachsen hat seit der Wiedervereinigung eine beachtliche finanzielle und ökonomische Entwicklung vollzogen. Das ist die Leistung aller hier lebenden Menschen. Dennoch entwickelt sich Sachsen nicht ohne Widersprüche: Seit über zehn Jahren stagniert der Annäherungsprozess an das Lebensniveau der alten Länder. Im Freistaat selbst sind die Einkommensunterschiede gewachsen. Sachsen hat unter den neuen Bundesländern den niedrigsten Anteil von Sozialausgaben, wälzt die Finanzierung der sozialen Daseinsfürsorge auf die Kommunen ab. In keinem Bundesland ist die Zahl der Hartz-IV-Aufstocker höher, die Dauer der Erwerbslosigkeit länger. In kaum einem anderen Land sind die Investitionen in Schule und Hochschule so niedrig wie hier. Gravierende Probleme im Land bleiben

ungelöst, die Staatsregierung verspielt so Sachsens Zukunft. Wir sind der Meinung: Es ist Zeit für eine Wende. Wir wollen, dass einmal mehr die Fenster geöffnet werden, um frischen Wind hereinzulassen. Ein neuer demokratisch-kultureller Aufbruch ist notwendig. DIE LINKE ist dabei die Partei der sozialen Frage: Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und der soziale Zusammenhalt bilden die Leit motive unserer Politik. Doch wir sind auch eine Partei der Freiheit. Alle Menschen sollen in ihrem Leben die gleichen Chancen haben. Wir sind überzeugt, dass wir nur gemeinsam mit den Menschen in Sachsen Verantwortung tragen können. Wir wollen nicht Vormund sein. Aber wir wollen, dass alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Uns geht es dabei nicht um uns selbst. Wir sind nicht scharf da-

rauf, Regierungsposten zu ergattern. Dass wir auch starke Opposition sein können, haben wir bewiesen. Doch wir wissen auch: Wir können besser regieren als die jetzige Regierung. Dafür benötigen wir auch Partner. Unser Angebot für einen Politikwechsel richtet sich deshalb sowohl an die Menschen im Freistaat als auch an die politischen Mitbewerber. Gemeinsam können wir den Aufbruch für Sachsen schaffen. Allerdings: Andere Parteien fordern zwar den Politikwechsel im Freistaat, würden sich jedoch auch als Juniorpartner der Union anbieten. Wir dagegen können eine Koalition mit der CDU ausschließen. Deshalb ist nur eine Stimme für DIE LINKE eine Stimme, die im Zweifelsfall nicht der Lebensverlängerung der Union in der Regierung hilft. Darum möchte ich Sie bitten: Gehen Sie am

31. August zur Wahl. Und wählen Sie mit beiden Stimmen DIE LINKE. Für ein besseres Leben in Sachsen.

Rico Gebhardt



Rico Gebhardt (51) ist Spitzenkandidat der sächsischen LINKEN zur Landtagswahl 2014. Der gelernte Koch engagierte sich zunächst in der Kommunalpolitik in seiner Heimatstadt Aue und im Kreistag, bevor er 2004 in den Sächsischen Landtag gewählt wurde. Seit 2009 ist er Vorsitzender der sächsischen LINKEN, seit 2012 Fraktionsvorsitzender im Landtag.

PREISRÄTSEL

Zu gewinnen sind: eine Übernachtung und ein Abendessen für zwei in Aue, ein Abonnement der Zeitung *neues deutschland* und weitere Preise ...
Seite 8

Besser leben in Sachsen

Wir haben konkrete Vorschläge, wie wir den Freistaat verbessern wollen. Unsere Ziele für Sachsen finden Sie auf **Seite 2**

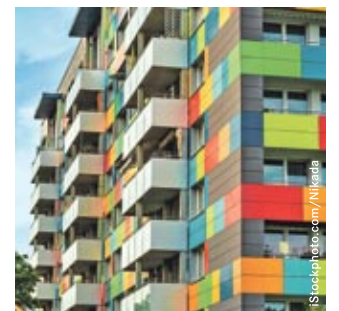


Machbar und finanzierbar

Glauben Sie niemandem, der behauptet, unsere Forderungen seien nicht bezahlbar. Warum, erfahren Sie auf **Seite 2**

Bezahlbares Wohnen

Wohnungen zu einem bezahlbaren Preis sind in Dresden knapp. Wir wollen gegensteuern. **Seite 3**



Sieben direkt für Dresden

Unsere Direktkandidierenden stellen sich vor auf den **Seiten 4-5**

Neue Lehrer braucht das Land

Immer mehr Kinder kommen in Dresden zur Welt. Allein: Es fehlen die Schulen, die sie später besuchen sollen. **Seite 5**

Kurz und knapp

Ganz konkret können wir gemeinsam mehr erreichen. Beispiele dafür stellen wir Ihnen genauer vor auf den **Seiten 6-7**



Ganz einfach Briefwahl!

Gerade, wenn der Wahltermin am 31. August auf dem letzten Ferientag liegt, ist es nicht ganz unwahrscheinlich, dass Sie an dem Tag keine Zeit haben, wählen zu gehen. Aber nicht nur dann ist Briefwahl eine gute Idee. Wissen Sie vielleicht

schon, wen Sie wählen wollen? Dann beantragen Sie Briefwahlunterlagen. Der Stimmzettel kommt ganz bequem per Post zu Ihnen nach Hause. Sie füllen ihn aus und schicken ihn an das Wahlamt zurück. Ihnen entstehen keine Kosten. Briefwahlunterlagen erhalten Sie ganz einfach: Füllen Sie die Rückseite der Wahlbenachrichtigung aus und schicken Sie sie

zurück. Es muss kein Grund angegeben werden. In einigen Städten und Gemeinden können Sie Briefwahlunterlagen auch online bestellen. Sie können Ihre Stimmzettel aber auch direkt bei der Briefwahlstelle während der Öffnungszeiten beantragen und noch vor Ort wählen. Stimmzettel erhalten Sie etwa vier Wochen vor der Wahl. Wich-

tig ist, dass diese am 31. August spätestens um 18 Uhr im Wahlamt sind. Füllen Sie sie nach Erhalt einfach sofort aus und schicken Sie sie zurück. Übrigens: Wer nachgewiesen plötzlich erkrankt, kann den Stimmzettel sogar noch bis zum Wahltag, 15 Uhr, im Wahlamt beantragen. Rufen Sie dann schnellstmöglich in Ihrem Wahlamt an.

Versprochen: machbar und finanzierbar

Ja, wir wollen Geld ausgeben für Bildung, für Schulen und Hochschulen. Für soziale Belange, Kultur, Verkehr. Wir wollen Wirtschaft nachhaltig fördern und uns für die Umwelt starkmachen. Das alles kostet. Aber es sind Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft.

Die CDU wird nicht müde zu behaupten, wir könnten nicht mit Geld umgehen, mit uns drohten neue Schuldenberge. Aber: Glauben Sie niemandem, der oder die behauptet, unsere Vorstellungen wären nicht finanzierbar. Seit 2001 stellt unsere Fraktion im Landtag alternative Landeshaushalte auf. Ohne einen Cent mehr auszugeben, als der Haushaltsansatz der Staatsregierung vorgibt, zeigen wir, dass wir mit dem zur Verfügung stehenden Geld eine andere Politik im Sinne sozialer Gerechtigkeit, der Kommunen, von Bildung und Kultur finanzieren können. Mehr als eine Milliarde Euro wurde von uns dafür im letzten Doppelhaushalt umgeschichtet.

Erblasten trägt allein die CDU: Durch verantwortungslose Spekulation hat sie dem Freistaat milliardenschwere Belastungen aufgebürdet. Allein die Rettung der Landesbank kostet uns alle bis zu 2,7 Milliarden Euro. Genauso viel Geld erhält der Freistaat übrigens in der nächsten Förderperiode der Europäischen Union aus ESF- und EFRE-Töpfen. Das heißt also, die CDU hat Geld im Gegenwert von Investitionsmitteln der Europäischen Union für Sachsen für die Dauer von sieben Jahren verbrannt. Angesichts des Investitionsstaus im Freistaat hätte man also jeden Förder-Euro ganz einfach verdoppeln können. Das Geld ist jedoch unwiederbringlich verloren. Wer kann also in Sachsen mit Geld nicht umgehen?

Klar: Sparen klingt erst einmal gut. Derzeit bildet der Freistaat Rücklagen, sitzt auf prall gefüllten Geldsäcken – auch wenn anderes behauptet wird. Gleichzeitig verschärft sich die kommunale Armut, fehlen Lehrer, Polizisten, verfällt die Infrastruktur. Das ist verantwortungslos. Angesichts von Niedrigzinsen verbrennt der Freistaat Geld: Jeder ungenutzte Euro ist nächstes Jahr weniger wert. Rund eine Milliarde Euro wären sofort verfügbar. Wir finden: Dies in das Land und seine Menschen zu investieren, ist nachhaltiger. Wir sagen: Wer Geld anders einsetzen will, handelt nicht unverantwortlich. Im Gegenteil: Er fördert die notwendige Entwicklung des Freistaates. Wir werden deshalb neue Akzente setzen. Und das ganz ohne neue Schulden, aber mit Ideen, die der CDU schon längst ausgegangen sind.



Gemeinsam mit den Menschen im Freistaat wollen wir eine Politik entwickeln, die Sachsen gerecht wird, weil sie uns allen ein Leben in Menschenwürde garantiert. Und das ist nicht einfach ein so dahingehender Ausspruch. Viel zu oft agiert Politik fernab von den Betroffenen und an ihnen vorbei. Viel zu oft meinen Parteien, dass sie den Menschen sagen müssen, wie sie leben wollen. Politik muss umdenken, wie sie Politik gestalten will, integrativ, sinnvoll und nachhaltig. Dafür haben wir Ideen ebenso wie inhaltliche Arbeitsschwerpunkte. Wir wollen ein Sachsen, in dem Umwelt, Energie und Lebensqualität nicht in Widerspruch geraten. Wir wollen den demokratischen Rechtsstaat stärken, die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, ihre Rechte, ihre Sicherheit weiterentwickeln und schützen. Wir wollen eine Politik für alle hier lebenden Menschen.

Unser Ziel bleibt dabei die soziale Gerechtigkeit. Sie ist dann erreicht, wenn jede und jeder ihre bzw. seine Fähigkeiten entfalten kann, sich damit in die Gesellschaft einbringen kann und bei der Verteilung aller Güter angemessen berücksichtigt wird. Wer Hilfe braucht, soll sich der Solidarität sicher sein. Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel die flächendeckende Gesundheitsversorgung, ein stabiles Rettungswesen und zugehörige Verwaltungsstrukturen, die den Menschen helfen, statt sie zu bevormunden, gehört deshalb in öffentliche Hand.



Soziales und Wirtschaft sind dabei zwei Seiten derselben Medaille. Wir wollen deshalb die weitere wirtschaftliche Ent-

Gemeinsam für ein besseres Leben in Sachsen

Programmatische Eckpunkte zur Landtagswahl 2014

wicklung Sachsens stärken. Die Förderung der Zusammenarbeit von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen mit den in Sachsen ansässigen Unternehmen ist dabei Schlüssel für eine zukunftsfähige Industrie. Zugleich wollen wir kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, weil gerade bei ihnen die Wertschöpfungsketten fast komplett in Sachsen bleiben. Um Arbeitsplätze zu schaffen oder bestehende zu erhalten, soll sich der Freistaat an der Kapitalausstattung von Firmenneugründungen und Firmen mit zeitweiligen wirtschaftlichen Problemen beteiligen können. In der Regel können gerade hier gegründete und ansässige Unternehmen nur wenig für Zahlungsverzug, der schwer zu überbrücken ist und oft das Aus bedeutet. Wir halten dabei wenig von der Förderung sogenannter Leuchttürme, die sich bei auslaufenden Subventionen auch schnell wieder aus Sachsen verabschieden.



Sachsen braucht ein Landesarbeitsmarktprogramm mit den Schwerpunkten berufliche Weiterbildung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Abbau von Zugangsbarrieren zur Erwerbstätigkeit. Der Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten soll die Vernetzung kleiner und mittlerer Unternehmen stärken.

Dabei gilt immer: Dumpinglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen sind nicht akzeptabel. Es ist verantwortungslos, wenn die CDU diese als Standortvorteil in Sachsen verkauft. Wir setzen weiterhin auf tarifliche Bezahlung, wenigstens jedoch auf einen angemessenen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ohne die Schlupflöcher, welche die große Koalition bereits jetzt plant. Für die Vergabe öffentlicher Aufträge soll dies ebenso verbindliche Bedingung werden wie die Einhaltung von Umweltstandards.



Bildung ist für uns keine Ware, sondern ein Grundrecht. Sie darf nicht von finanziellen Zwängen abhängen und muss allen gleichermaßen zugänglich sein. Wir benötigen mehr Personal in Kitas, Schulen und Universitäten. Längeres gemeinsames Lernen ist dabei ein Gebot der Stunde. Wir wollen gemeinsames Lernen bis Klasse 8, eine Klassenstärke von maximal 20 Schülerinnen und Schülern, egal in welcher Klassenstufe, sowie den Ausbau der individuellen Förderangebote in der Regelschule. Diese Vorstellungen sind in Ganztagschulen am besten zu verwirklichen. Wir werden für eine demokratisch und transparent erarbeitete Schulnetzplanung sorgen. Zur Bildung gehört Sport, weshalb wir den Vereinssport fördern, Sportstätten für den Schul- und Vereinssport erhalten und ausbauen werden.

Weil es normal ist, verschieden zu sein, wollen wir die Inklusion. Das heißt, die gemeinsame Bildung von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung zum Normalfall zu machen. Dabei werden die Unterschiede nicht verwischt oder gar ignoriert. Wir bekennen uns vielmehr gerade hier zum Ausbau individueller Fördermaßnahmen, wollen aber zugleich das solidarische Zusammenleben entwickeln.



Wir bekennen uns zum dualen System als Regelfall in der Berufsausbildung. Es muss aber ergänzt werden durch die Förderung der beruflichen Erstausbildung auch über das 25. Lebensjahr hinaus. Für junge Menschen ohne Berufsabschluss brauchen wir wirkungsvolle nachholende Ausbildungsinitiativen. Denn niemand darf verlorengehen.

Die Universitäten und Hochschulen stehen in besonderer Verantwortung des Landes. Sie dürfen als Stätten der wichtigsten Innovationen nicht kleinteiliger Sparsparn ausgesetzt werden. Wissenschaft und Lehre sollen frei sein. Frei von Profitorientierung, geschützt vor dem Missbrauch durch militärische Forschung. Das ist ein hohes Gut. Wir werden deshalb die demokratische Selbstverwaltung der Universitäten und Hochschulen ausbauen. Und wir werden uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung von Lehre und Forschung sowie attraktive Arbeits- und Studienbedingungen einsetzen.

Wir setzen uns ein für eine vielfältige Kulturlandschaft, die allen Menschen zugänglich ist, unabhängig von Wohnort und Einkommen. Wir treten für eine Erhöhung des Anteils der Kultur Ausgaben am Landeshaushalt ein. Steigende Personal- und Sachkosten dürfen nicht zu Lasten der Qualität auf die Einrichtungen und Kulturschaffenden abgewälzt werden.



Sachsen hat die Wahl: Und auf uns können Sie sich verlassen.

Vertiefende Informationen zu unseren programmatischen Vorstellungen finden Sie auf unserer Website www.dielinke-sachsen.de/wahlprogramm.

Wenn Sie Fragen haben, schicken Sie uns eine Mail an kontakt@dielinke-sachsen.de.



Wir wollen eine aktive Wohnungspolitik!

Seit dem Jahr 2000 fokussiert die sächsische Wohnungspolitik auf eine öffentliche Abrissförderung von vornehmlich Wohnraum in Plattenbauweise. Mehr als 110 000 Wohnungen wurden bereits geschleift, weitere 150 000 sollen folgen. In der unternehmerischen Wohnungswirtschaft steigt der Unwille gegen diese Art von Politik.

Im Jahr 2006 wurde Wohnungspolitik zur Ländersache. Seitdem überweist der Bund dem Freistaat jährlich über 58 Millionen Euro an Kompensationsmitteln für soziale Wohnraumförderung. Sachsen hat bisher auf ein eigenes Gesetz zur Förderung der sozialen Wohnraumvorsorge und zur Stabilisierung von Quartiersstrukturen verzichtet. Stattdessen fließen seit Jahren Gelder in einen kritikwürdigen Black-Box-Fonds. Aus diesem revolvierenden Wohnraumförderungsfonds werden die aktuellen Richtlinien Wohneigentum, Energetische Sanierung und Mehrgenerationenwohnen bezahlt – oder auch nicht. Keiner kann das so genau sagen. Ein geförderter Mietwohnungsneubau ist seit dem Jahr 2000 nicht

mehr vorgesehen. Dennoch ist Sachsen trotz intensiver Bemühungen ein Land der Mieter geblieben. Mehr als 70 Prozent haben sich bis heute nicht für Wohneigentum entschieden. In Dresden sind es sogar 84 Prozent. Aktuelle Entwicklungen des Wohnungsmarktes berühren damit zwangsläufig in starkem Maße soziale Interessen von Mieterinnen und Mietern. Auch wenn der Wohnungsmarkt Sachsens eine heterogene Landkarte einer regional differenzierten Marktsituation ist, soll der gemeine Sachse möglichst überall Wohneigentum bilden. Diese weder auf regionale noch auf sachlich differenzierte Lösungsansätze fokussierte Politik muss scheitern. Sie hat nichts mit der Lebenswirklichkeit und den Lebenszielen sowohl der anteilig immer größer werdenden älteren als auch der hochmobilen, selten in unbefristeten Arbeitsverhältnissen tätigen jüngeren Generation zu tun. Regionen, die mit hoher Abwanderung, intensiver Alterung, Leerständen und Verfall von Quartieren zu kämpfen haben, stehen Regionen mit

Wohnungsknappheit durch ein zu geringes Wohnungsangebot und steigende Preise gegenüber. Eine wachsende oder sinkende Nachfrage kann längst nicht mehr mit Bedarfen gleichgesetzt werden. Denn zu viele und mit steigendem Alter zunehmend mehr Menschen können ihre Bedürfnisse entweder aufgrund fehlender regionaler Angebote oder aber aufgrund fehlenden Geldes für anfallende Wohnkosten nicht mehr befriedigen. Nicht nur das Thema der Altersarmut, sondern auch das Thema der Erreichbarkeit und Bewohnbarkeit von Wohnraum, wachsende Nebenkostenbelastung sowie wohnungspolitische Ansätze mit Quartiersbezügen müssen auf der Agenda einer sozialen Wohnungspolitik ganz oben stehen. Es ist ein Fehler, dass Kommunen flächendeckend zu stillen Beobachtern des Marktgeschehens wurden, da für eine Marktlenkung hin zu bedarfsgerechten Angeboten sachsenweit kein politischer Hebel angedacht ist.

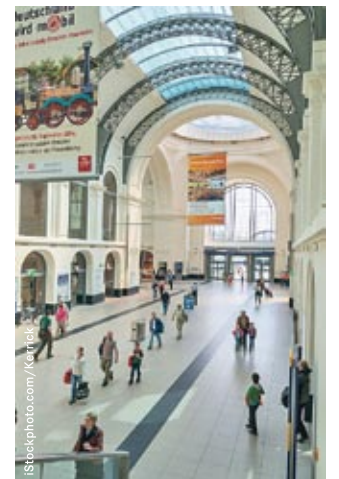
Wir brauchen endlich eine Wohnungspolitik, die diesen Namen verdient, die durchdachte und

integrierte Handlungsstrategien für alle Bevölkerungsgruppen entwickelt und endlich wieder Verantwortung übernimmt. So müssen integriert geförderte Umbaumaßnahmen ganzer Wohnquartiere sowie Strategien für eine Generationen- und soziale Durchmischung oberste Priorität haben. Dies richtet der Markt eben nicht. Trotz quantitativen Überangebotes fehlt es sachsenweit an bezahlbaren Wohnungen in Großstädten, familiengerechtem und schwellenfreiem Wohnraum in allen Regionen. Das bedeutet auch, dass die Wiederherstellung der sozialen Funktion des Wohnungsmarktes durch Unterstützung von Wohnungsgenossenschaften und nachhaltig wirtschaftenden Vermietern erfolgen muss. An dieser Stelle muss über Quartiersentwicklung gesprochen werden, die im öffentlichen wie im privaten Interesse Wohnquartiere demographisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich stabilisiert und mischen kann. Quartiersentwicklungsfonds sind zu initiieren und Kooperationsverträge abzuschließen.

Dresden nicht abhängen

Dresden ist die sächsische Landeshauptstadt. Für die meisten Menschen hat das wahrscheinlich keinen Nachrichtenwert. Überraschend ist diese Nachricht wahrscheinlich nur für Bahnreisende, für die die Zuganbindung Dresdens eher einem kleinen Provinzbahnhof gleicht. Und das ist ärgerlich.

Gerade in den sogenannten Tagesrandlagen, also am frühen Morgen und Abend, rollt kaum noch ein Zug. Im Berufsverkehr sind die Züge häufig überfüllt. Besonders ärgerlich ist das auf der Strecke zwischen den größten sächsischen Städten Dresden–Leipzig. Für den Regionalverkehr aber gilt: Es kann nur bestellt werden, was bezahlt wird. Die Aufgabenträger wie der VVO leiden dabei darunter, dass der Freistaat gerade 70 Prozent der eigentlich insbesondere dafür gedachten sogenannten Regionalisierungsmittel des Bundes an sie weiterreicht. Die restlichen 30 Prozent – rund 170 Millionen Euro – geht den Verbänden verloren. Wir wollen einen größeren Anteil an die



Dresden bleibt Nazifrei!

Seit mehreren Jahren rufen Nazis rund um den 13. Februar zu dem sogenannten »Trauermarsch« auf. Mit Demonstrationen und Veranstaltungen missbrauchen sie den Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg für ihre eigene Auslegung der Geschichte. Dank des unermüdligen Einsatzes vieler Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten ist es in der Vergangenheit gelungen, den Marsch der Nazis zu verhindern.

DIE LINKE ist und bleibt fester Bestandteil des Bündnisses »Dresden Nazifrei« und Unter-

stützerin vom »Mahngang Täterspuren«, zu dem Orte angesteuert werden, an denen Menschen Zwangsarbeit leisten mussten oder gefangen gehalten wurden, aber auch Wohn- und Arbeitsstätten von NS-Funktionären. Wenn Nazis ihre menschenverachtenden Forderungen auf der Straße zelebrieren wollen, werden wir sie erfolgreich aufhalten. Sachsen ist historisch ein Einwanderungsland. Diese Tradition der Weltoffenheit und Toleranz wollen wir gegen faschistische, nazistische und rassistische Tendenzen verteidigen.



Verbände weiterreichen, damit diese auch mehr Züge bestellen und den Schienenverkehr damit attraktiver ausstatten können. Denn Bedarf ist da.

Aber auch im Fernverkehr bestehen Lücken, insbesondere auf der Strecke nach Berlin. Der versprochene Ausbau lässt auf sich warten, denn können kann dieser erst, wenn vom Bund Geld dafür eingestellt wurde. Hier muss der Freistaat beim Bund Druck machen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass dieses Projekt höchste Priorität erhält und der Ausbau schnellstmöglich erfolgt. Das wäre einer Landeshauptstadt angemessen.



Sieben direkt für Dresden

Wie wird zur Landtagswahl gewählt?

Die Sächsische Landesverfassung schreibt vor, dass der Landtag aus mindestens 120 Abgeordneten besteht. Von diesen 120 werden 60 Abgeordnete von den Wählerinnen und Wählern in ihrem Wahlkreis direkt in den Landtag gewählt. Die Direktkandidatinnen und -kandidaten wählen Sie mit Ihrer Erststimme. In den Landtag zieht die Direktkandidatin oder der Direktkandidat ein, die oder der die meisten Erststimmen auf sich vereinigen kann. Hierfür reicht also die relative Mehrheit. Über die Größe der Fraktionen und damit über die Zusammensetzung des Landtages entscheiden Sie jedoch mit Ihrer Zweitstimme. Mit dieser wählen Sie die Partei. Alle Parteien, die mehr als fünf Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, ziehen in den Sächsischen Landtag ein. Gemäß ihrem Zweitstimmenanteil werden die Sitze im Landtag verteilt.

Gewinnen mehr Direktkandidatinnen und -kandidaten einer Partei ihren Wahlkreis, als der Partei nach Zweitstimmen zustehen würde, so dürfen diese trotzdem in den Landtag einziehen. Das sind sogenannte Überhangmandate. In Sachsen werden diese ausgeglichen. Das heißt, die anderen Parteien erhalten jeweils zusätzlich so viele Sitze, dass die Größe Ihrer Fraktion dem Zweitstimmenergebnis entspricht. Aktuell sitzen deshalb 132 Abgeordnete im Sächsischen Landtag.

Das heißt also: Mit der Zweitstimme machen Sie die Partei stark, die Sie im Landtag vertreten soll. Mit der Erststimme schicken Sie die Abgeordnete oder den Abgeordneten aus Ihrem Wahlkreis in den Landtag. Unser Tipp: Wählen Sie einfach mit beiden Stimmen DIE LINKE. Denn wir sind Ihre Sozialversicherung im Landtag.



Jayne-Ann Igel

Schriftstellerin (59), kandidiert im Wahlkreis 41 – Dresden 1

Eine Zukunft für die Kreativen

Die Kreativ- und Kulturwirtschaft habe eine große Zukunft, lautete Ende der 1990er Jahre eine Botschaft aus dem politischen Berlin, verbunden mit dem Versprechen nach mehr Flexibilität und einem hohen Maß an Selbstbestimmtheit für die in diesem Bereich Tätigen. Tatsächlich sind in der Kreativ- und Kulturwirtschaft mittlerweile bundesweit mehr Leute beschäftigt als etwa in der Automobil- oder Chemiebranche, doch wenn man von den großen Playern in der Kulturwirtschaft, z. B. der Film- und Musikbranche, einmal absieht, gibt es dort viele, die als Selbstständige unter prekären Arbeitsbedingungen und mit schlechter Entlohnung tätig sind. Dies gilt auch für Sachsen und die Landeshauptstadt. In Dresden arbeiten viele Künstler/-innen in diesem Bereich, etwa als Webdesigner/-innen, freie Mitarbeiter/-innen in den Medien oder Spieleentwickler/-innen, weil sie von ihrer künstlerischen Arbeit allein nicht leben können; das betrifft selbst Akademiker/-innen. Denn realisiert wurde dieses Versprechen unter dem Diktum der Liberalisierung der Märkte und des Wettbewerbs sowie des Zwangs zur Selbstvermarktung (Ich-AG) im Zeichen der Agenda 2010. Die erreichte Flexibilität wird in vielen Fällen von Selbstausbeutung und neuen Formen der Abhängigkeit flankiert. Die Einfüh-

rung eines Mindestlohnes und von Honoraruntergrenzen, die Öffnung der Künstlersozialkasse für weitere Berufsgruppen, die Förderung der Vernetzung und die Schaffung eines Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft auf Landesebene sind Instrumente, die Lage der Kreativen zu verbessern.



Annetrin Klepsch

Theaterwissenschaftlerin und Landtagsabgeordnete (37), kandidiert im Wahlkreis 42 – Dresden 2

Weil Kinder Zeit brauchen

Seit die deutsche Bildungspolitik mit der ersten Pisa-Studie die frühkindliche Bildung entdeckt hat, rückte die Frage nach optimaler Betreuung stärker ins Bewusstsein. In Sachsen führte im Jahr 2005 die damalige CDU-Sozialministerin Orosz den Sächsischen Bildungsplan ein, der für alle Kindertageseinrichtungen verbindlich Bildungsinhalte formuliert. Mit der Verpflichtung der Kitas auf den Bildungsplan kündigte Orosz eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels an, denn der gestiegene Aufwand an Dokumentation und Elternarbeit erfordert auch bezahlte Zeit für die Erzieherinnen und Erzieher, in der sie nicht in der Gruppe arbeiten. Am Betreuungsschlüssel von 1:6 in der Krippe, 1:13 im Kindergarten und 0,9:20 im Hort hat sich in den letzten zehn Jahren nichts geändert. Im Kita-Alltag führen die Nichtanrechnung der Vor- und Nachbereitungszeit, wie sie Lehrkräfte an Schulen haben, sowie Urlaub, Fortbildung und

Krankheitstage dazu, dass eine Fachkraft in der Kinderkrippe bis zu neun Kindern allein betreuen muss. Bei den Drei- bis Sechsjährigen sind Gruppengrößen von 17 bis 19 Kinder bei einer pädagogischen Fachkraft die traurige Normalität. Das für 2013 und 2014 aufgelegte Assistenzkräfteprogramm »Bildungschancen« war der berühmte Tropfen auf den heißen Stein, denn mit den 5 Millionen Euro jährlich können lediglich 98 zusätzliche Vollzeitstellen für die mehr als 2 800 sächsischen Kitas finanziert werden. Mit der im Juni angekündigten Erhöhung der Kita-Landespauschale für die Kommunen von 1.875 Euro auf 2.060 Euro kommen Ministerpräsident Tillich und Finanzminister Unland zwar den Städten und Gemeinden bei den gestiegenen Betriebskosten entgegen, am Betreuungsschlüssel und den Gruppengrößen verbessert sich damit jedoch nichts. DIE LINKE im Sächsischen Landtag setzt sich 2005 für eine bessere Betreuung der Jüngsten ein und will ab dem Doppelhaushalt 2015/16 den Kita-Schlüssel verbessern. Die gesetzliche Anerkennung von zwei Stunden Vor- und Nachbereitungszeit pro Woche und Fachkraft sowie der verpflichtenden fünf Fortbildungstage jährlich wäre ein erster Schritt auf dem Weg zu kleineren Gruppen und mehr Zeit für Kinder und hieße ab dem nächsten Jahr 1:5,6 (Krippe) und 1:11,7 (Kita).

weniger Rente als Männer beziehen, in Zukunft weiter verstärken wird. Altersarmut wird vor allem ein weibliches Gesicht haben, und dieses Problem betrifft auch eine wohlhabende Stadt wie Dresden. Wir sagen als LINKE: Alle haben das Recht auf ein gutes, selbstbestimmtes Leben. Es geht nicht um Wohltätigkeit, sondern um Selbstermächtigung und Ermöglichung. Sachsen ist inzwischen das Bundesland mit der vergleichbar geringsten Förderquote für Gleichstellungsprojekte und überdies mit der niedrigsten ministeriellen Anbindung des Gleichstellungsressorts. Das muss sich ändern. Zudem sind Frauenprojekte wesentlich stärker zu fördern, anstatt die Zuwendungen, wie bei den letzten Landeshaushalten geschehen, zu kürzen oder gar ganz einzustellen. Dafür setzen wir uns als LINKE ein: Wir streiten für soziale Gerechtigkeit, für soziale Sicherheit und für sozialen Zusammenhalt – auch im Hinblick auf Gleichstellung.



Tilo Wirtz

Bauingenieur (47), kandidiert im Wahlkreis 44 – Dresden 4

Der Schrumpfungspolitik entgegnetreten

Geboren 1967 in Karl-Marx-Stadt, studierte ich an der Technischen Universität Dresden Bauingenieurwesen. Inzwischen blicke ich auf eine zwanzigjährige berufliche Tätigkeit als Bauingenieur in den Bereichen Tragwerksplanung, Bauüberwachung und Bauphysik in Dresden zurück. Mit meiner Lebensgefährtin und unseren beiden Kindern lebe ich in Striesen-Blasewitz. Nicht zuletzt das Spannungsfeld zwischen Politik, Wirtschaft, Technik, Umwelt und Sozialem auf öffentlichen und privaten Baustellen haben mich motiviert, selbst Politik zu machen. In der Partei DIE LINKE habe ich meine politische Heimat gefunden. Bei den Kommunalwahlen 2009 und mit stark verbessertem Ergebnis 2014 wurde ich in den Dresdner Stadtrat gewählt. Meine Schwerpunkte sind hier Schulsanierungen, Neubau von Schulen, die zügige Sanierung der Albertbrücke sowie der Kampf gegen den Lehrermangel an Dresdner Schulen. Die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit setzt in Sachsen auf Schrumpfung. Schulen werden geschlossen, Hochschulen



Sarah Buddeberg

Theaterwissenschaftlerin (31), kandidiert im Wahlkreis 43 – Dresden 3

Gleichstellung – eine Frage der Gerechtigkeit

In allen Lebensbereichen besteht nach wie vor eine erhebliche Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern. Von wirklicher sozialer Gleichstellung zwischen den Geschlechtern kann in Sachsen überhaupt keine Rede sein. Frauen verdienen nicht nur in vergleichbaren Tätigkeiten weniger als Männer, sie arbeiten auch häufig in Berufen, die an sich schon wesentlich schlechter bezahlt werden. Noch schwieriger ist die Situation von alleinerziehenden Frauen, von denen viele auf Hartz IV angewiesen sind. All das führt dazu, dass sich die Tendenz, dass Frauen durchschnittlich deutlich



Gregor Gysi kommt:

am 29. August ab 16 Uhr vor der Altmarktgalerie Eingang Dr.-Külz-Ring

ausgedünnt, die Polizei zieht sich zurück, und es dauert immer länger, bis im Notfall der Krankenwagen oder die Feuerwehr kommt. Diese Schrumpfungspolitik ist für Dresden verheerend. Denn Dresden wächst. Deshalb steht DIE LINKE für mehr Wohnungen und eine Mietpreislösung. Deshalb steht DIE LINKE für mehr Unterstützung bei Schulneubau und Schulsanierung und kurzfristig auch für mehr Lehrkräfte. DIE LINKE steht nicht nur für den Bau von Straßen, sondern auch für preiswerten Verkehr von Bus und Bahn.



Kris Kaufmann

Diplom-Geografin (38), kandidiert im Wahlkreis 45 – Dresden 5

Wohnen muss bezahlbar bleiben!

Es gibt Dinge, die schafft man nur mit Links! In der Kommunalpolitik lassen sich gewisse Grenzen nicht verschieben. Mein Ziel ist es deshalb, bestehende Barrieren auf Landesebene zu durchbrechen und nach differenzierten Lösungen für Sachsen und seine Menschen zu suchen. Genauso vielfältig wie Sachsen ist, so unterschiedlich sind auch seine regionalen Entwicklungen. Mein Ziel ist es, für konkrete Politik zu streiten, die für Probleme auch Lösungen parat hat. Wie kann ich gleichwertige Lebensverhältnisse nicht nur wollen, sondern auch schaffen? Im Bereich der Siedlungsentwicklung und der kulturellen sowie sozialen Infrastruktur bedarf es eines verlässlichen und langfristigen

Gestaltungsrahmens. Wohnen muss bedarfsgerecht und bezahlbar bleiben! Ich möchte deshalb für eine Stadt- und Wohnungspolitik streiten, die allen Generationen, allen auf Nachhaltigkeit orientierten Lebenswelten und Geldbörsen gerecht wird. Ich wurde 1976 in Dresden geboren, habe nach Abitur und Studium als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Dresden, an unterschiedlichen Leibniz-Instituten Deutschlands und aktuell als Fachreferentin in einem Dresdner Unternehmen gearbeitet. Seit meiner Studienzeit setze ich mich intensiv mit Prozessen der Stadtentwicklung, des Wohnungsmarktes und sozialer Ungleichheit auseinander. Nicht erst seitdem bin ich in Vereinen und wissenschaftlichen Netzwerken aktiv, um Probleme gemeinschaftlich anzupacken und zu lösen.



André Schollbach

Rechtsanwalt (35), kandidiert im Wahlkreis 46 – Dresden 6

Gesundheit ist keine Ware. Für den Erhalt städtischer Krankenhäuser

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Versuche, die beiden städtischen Krankenhäuser Dresden-Friedrichstadt und Dresden-Neustadt zu privatisieren. Dagegen konnte DIE LINKE erfolgreich mobilisieren. So wurde ein Bürgerbegehren zum Erhalt der beiden Kliniken gestartet, das mehr als 37 000 Dresdnerinnen und Dresdner mit ihrer Unterschrift unterstützten. Bei dem dann folgenden »Krankenhaus-

Bürgerentscheid« votierten beeindruckende 84 Prozent der abstimmenden Bürgerinnen und Bürger für den Erhalt der Krankenhäuser als städtische Eigenbetriebe. Dieser Bürgerentscheid hat gezeigt, dass es den Menschen nicht egal ist, was aus ihren Kliniken wird. Es ist ihnen nicht egal, ob sie sich im Fall der Fälle in die Hände von schlecht oder gut bezahltem Personal begeben. Es ist ihnen nicht egal, wer über Profil und Ausstattung der Kliniken entscheidet. Es ist ihnen nicht egal, ob die Gesundheit der Bürger zum Objekt kapitalistischer Verwertungslogik wird oder aber als Grundanliegen städtischen Gemeinsinns auch in dessen Verantwortung verbleibt. Ohne Zweifel muss die Arbeit der beiden städtischen Krankenhäuser weiter verbessert und vorhandene Probleme müssen gelöst werden. Dafür ist es wichtig, dass der Freistaat Sachsen endlich seiner Verantwortung bei der Krankenhausfinanzierung nachkommt und in angemessenem Umfang Investitionsmittel bereitstellt. Dafür wird DIE LINKE streiten. Denn die Kliniken sind ein wichtiger Teil der kommunalen Daseinsvorsorge.



Edith Franke

Dipl.-Ing.-Ökonomin und Soziologin (71), kandidiert im Wahlkreis 47 – Dresden 7

Gegen Armut aktiv werden

Bei meiner Tafel-Arbeit, die ich seit nunmehr 20 Jahren wie die meisten Tafelhelfer ehrenamtlich leiste, spüre ich tagtäglich,

wie sich Armut verschärft und ihr Gesicht verändert. Dass Bedürftige dank Hartz IV und Niedriglohnpolitik mit immer weniger Geld auskommen müssen, ist die eine Seite. Die andere Seite ist charakterisiert durch wachsende Hoffnungslosigkeit, Zukunftsangst, Ausgrenzung, Entwürdigung und vielfach Krankheit. Immer wieder bin ich gegen diese Zustände aufgetreten. Mit meiner Wahl in den Landtag will ich den Armen eine öffentliche Stimme geben, um ihre Rechte auf guten und bezahlbaren Wohnraum, Arbeit mit fairer Entlohnung, Bildung für alle, gesunde Ernährung, gleichberechtigte Gesundheitsfürsorge und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einzufordern. Langfristige gesellschaftliche Veränderungen, z. B. ein bedingungsloses Grundeinkommen, sind notwendige Ziele und erfordern ein Umdenken. Sofortige Schritte auf einem neu zu konzipierenden sozialen Weg aus der Krise und aus der Armut sind Voraussetzung. Meine Erfahrungen aus der Tafelarbeit zeigen, dass gesellschaftlicher Wandel hin zu Gleichberechtigung aller das Bündnis mit vielen anderen Menschen erfordert sowie die Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien, Kirchen und Sozialverbänden.

Jede und jeder hat das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein. Und es ist Aufgabe der Politik und der Parlamente, soziale und kulturelle Rechte zu gewährleisten. Deshalb kandidiere ich für den Landtag. Ich will politische Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen und mich stark für die Schwachen machen und sie wieder in die Gesellschaft integrieren. Ich möchte mich für ein solidarisches Miteinander einsetzen und auch Einzelnen helfen. Um die Würde der Armen im Sinne sozialer Gerechtigkeit zu stärken, übernehme ich über die Arbeit in der Dresdner Tafel hinaus soziale und politische Verantwortung für das Gemeinwohl und damit besonders für die Schwachen der Gesellschaft.

Wer wählt wo?

In allen sieben Wahlkreisen ist DIE LINKE mit beiden Stimmen wählbar. Damit Sie wissen, in welchem Wahlkreis Sie wählen dürfen, finden Sie hier die Wahlkreiseinteilung.

Wahlkreis 41 – Dresden 1: Jayne-Ann Igel

Klotzsche und Neustadt (ohne die Stadtteile Innere Neustadt mit Antonstadt-Süd und Leipziger Vorstadt), der Stadtteil Dresdner Heide sowie die Ortsteile Langebrück, Schönborn, Schönfeld-Weißig und Weixdorf

Wahlkreis 42 – Dresden 2: Annetrin Klepsch

Leuben, Loschwitz (ohne den Stadtteil Dresdner Heide) und die Stadtteile Niedersedlitz, Prohlis-Nord und Prohlis-Süd

Wahlkreis 43 – Dresden 3: Sarah Buddeberg

Dresden-Plauen und die Stadtteile Leubnitz-Neuostra mit Torna und Mockritz-Ost, Lockwitz mit Kauscha, Luga und Nickern sowie Reick

Wahlkreis 44 – Dresden 4: Tilo Wirtz

Blasewitz (ohne den Stadtteil Striesen-Süd) mit Johannstadt-Südost

Wahlkreis 45 – Dresden 5: Kris Kaufmann

Altstadt (ohne die Stadtteile Friedrichstadt und Wilsdruffer Vorstadt/Seevorstadt-West), sowie die Stadtteile Striesen-Süd mit Johannstadt-Südost, Innere Neustadt mit Antonstadt-Süd und Leipziger Vorstadt sowie Strehlen

Wahlkreis 46 – Dresden 6: André Schollbach

Ortsamtsbereich Cotta (ohne den Stadtteil Cotta mit Friedrichstadt-Südwest) sowie Altfranken, Cossebaude, Gompitz, Mobschatz und Oberwartha

Wahlkreis 47 – Dresden 7: Edith Franke

Pieschen sowie die Stadtteile Friedrichstadt, Wilsdruffer Vorstadt/Seevorstadt-West und Cotta mit Friedrichstadt-Südwest

Neue Lehrer braucht das Land

Dresden ist Geburtenhauptstadt und stolz darauf. Nach jahrelangen Schulschließungen – selbst im Jahr 2008 noch wurde das Gorbitzer Gymnasium geschlossen – steht die Stadt jetzt vor der Aufgabe, mindestens 16 neue Schulen zu eröffnen. Viele Kinder brauchen viele Lehrerinnen und Lehrer. Eine einfache Rechnung, sollte man meinen. Die positive Entwicklung, dass allein für Dresden bis zum Jahr 2020 mindestens 17 000 Schülerinnen und Schüler mehr angenommen werden, fällt zusammen mit einem Generationswechsel in der sächsischen Lehrerschaft, der bereits vor fünf Jahren eingesetzt hat. Von den etwa 30 000

sächsischen Lehrkräften gehen zwei Drittel bis zum Jahr 2030 in Rente. Deshalb müssten in den nächsten Jahren jährlich bis zu 1 500 Lehrkräfte neu und unbefristet eingestellt werden. Es war im Frühjahr 2012, als aufgrund massiven Unterrichtsausfalls in allen Schularten nicht nur Gewerkschaften und Lehrkräfte, sondern auch Schülerinnen und Schüler sowie Eltern protestierten. Der damalige CDU-Kultusminister Roland Wöller musste zurücktreten, weil er entgegen dem Willen des CDU-Finanzministers dringend benötigte Lehrkräfte einstellte. Unter seiner Nachfolgerin Brunhild Kurth (CDU) hat sich seitdem nicht viel gebessert. Zwar

wurde eine Unterrichtsausfallstatistik ins Internet gestellt, aber aufgrund zu geringer Einstellungen von Lehrkräften fällt der Unterricht weiterhin aus. Dass gestandene Lehrkräfte aufgrund ihres Alters und jahrelanger Überlastung oder junge Nachwuchslehrkräfte aufgrund von Mutterschutz und Elternzeit häufiger ausfallen, verschärft die Situation auch in Dresden. CDU und Kultusministerium versuchen, das Problem nicht mit deutlich mehr Lehrkräften zu lösen, sondern mit dem Auffüllen und Zusammenlegen von Schulklassen auf Kosten von leistungsschwachen Schülern und Integrationskindern. Der Sieg bei Pisa-Studien wird sich

mittelfristig als Pyrrhussieg erweisen, wenn die aktuellen Herausforderungen in der sächsischen Bildungspolitik nicht

gelöst werden, und diese sind weit größer als die Anstellung von 1 000 neuen Lehrkräften jährlich.



Wir wollen Innovatives fördern

Soziale Gerechtigkeit und eine funktionierende Wirtschaft sind für uns zwei Seiten derselben Medaille, denn es ist klar: Alles, was wir ausgeben wollen, müssen wir zunächst erarbeiten. Sachsen hat gerade in diesem Bereich einen großen Nachholbedarf. In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich sächsische Wirtschaft vor allen Dingen als »verlängerte Werkbank«. Was fehlt, ist eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat.

Wir wollen das ändern, indem wir verstärkt auf die Innovationsfähigkeit der hier ansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen setzen. Der Freistaat kann sich hier beim Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten sowie bei der Stärkung der Vernetzung der Unternehmen untereinander engagieren. Daneben soll sich das Land auch an der Kapitalisierung von innovativen Unternehmensgründungen beteiligen können. Eine gezielte Landesförderung zur Schaffung und Sicherung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze vor allem in strukturschwachen Regionen und ein Landesprogramm zur Fachkräftesicherung werden wir aufbauen.

Von Arbeit muss man leben können. Deshalb wenden wir uns gegen die vorherrschende Niedriglohnstrategie und setzen uns dafür ein, das Vergabegesetz zu überarbeiten. Öffentliche Aufträge werden dann nur noch an Unternehmen vergeben, die Sozial- und Umweltstandards einhalten.

Weitere Informationen

Haben wir Sie neugierig gemacht? Wollen Sie weitere Informationen über unsere Arbeit und unsere Positionen zur Landtagswahl? Natürlich ist in einer solchen Zeitung nie genug Platz dafür, all unsere Positionen darzustellen. Im Internet finden Sie deshalb weitere Informationen und wichtige Termine im Landtagswahlkampf.

Besuchen Sie uns auf unserer Website unter www.dielinke-sachsen.de/landtagswahl

Haben Sie kein Internet? Kein Problem. Wenn Sie weitere Informationen wünschen, kontaktieren Sie uns einfach postalisch. Schreiben Sie an:

DIE LINKE, Sachsen
Kleiststraße 10 a
01129 Dresden



Sachsen gehört in entscheidenden Bereichen zu den Bundesländern mit den niedrigsten sozialen Standards. Wir nehmen nicht hin, dass der Anteil von Armut betroffener Menschen in Sachsen zugenommen hat und weiter wächst. Im Freistaat liegt die Armutsquote bei einem Fünftel der Gesamtbevölkerung und damit beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt. Mehr als ein Viertel der sächsischen Kinder ist von Armut betroffen, was deren Lebensperspektive von vornherein belastet und die

Gefahr der Reproduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung verstärkt. Der Freistaat wälzt die Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge auf die Kommunen ab und verschärft so deren finanzielle Notlage. Immer mehr Landesaufgaben werden auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen, ohne dass diese vom Freistaat dafür ausreichende Ausgleichszahlungen erhalten. Deshalb sind die Kommunen immer weniger in der Lage, selbstbestimmt sozialpolitisch

zu agieren. Soziale Daseinsvorsorge, eigentlich eine Verantwortung der öffentlichen Hand, wird dabei gerade in Sachsen immer mehr privatisiert und damit den Spielregeln des Marktes unterworfen. Wir wollen deshalb den Anteil an Sozialausgaben im Landeshaushalt erhöhen. Insbesondere die Betreuung älterer Menschen muss angesichts einer alter werdenden Gesellschaft sichergestellt werden. Wir wollen die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge stoppen und sind

davon überzeugt, dass Schulen, Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, genauso wie stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen, in staatlicher Hand bleiben müssen. Statt den Schaden zu beräumen, wenn er eingetreten ist, wollen wir präventive Maßnahmen unterstützen. Deshalb wollen wir eine angemessene öffentliche finanzielle Förderung von Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen zur Umsetzung des Prinzips Hilfe zur Selbsthilfe erreichen.

Jene fördern, die uns täglich helfen

Stellen Sie sich vor, es brennt, und keiner kommt löschen. Sie brauchen ärztliche Hilfe, aber die bekommen Sie erst nach einer gefühlten Ewigkeit. Sie rufen die Polizei, und es kommt keine. Unvorstellbar? Die sächsischen

freiwilligen Feuerwehren kämpfen mit Nachwuchsproblemen. Die Berufsfeuerwehren – wie aktuell in Leipzig – haben mit Personalnotständen zu kämpfen. Durch den Rückzug des Freistaates aus der Fläche ver-

längern sich Rettungszeiten. Immer häufiger braucht medizinische Hilfe länger als gesetzlich vorgeschrieben. Derzeit gehen mehr Polizistinnen und Polizisten in den Ruhestand, als eingestellt werden. Es steht die Frage im Raum, ob die Polizei heute noch alle ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Diese Situation kann im Zweifelsfall Menschenleben kosten. Genau deshalb muss sich die Situation grundlegend ändern. Wir setzen uns für eine angemessene Präsenz der Polizei in der Fläche in allen Regionen in Sachsen ein. Deshalb brauchen wir jährlich mindestens 500 neue Polizeibeamte, um die Altersstruktur in der Polizei positiv zu verändern. Um künftig ein Mindestmaß an öffentlicher Sicherheit zu gewährleisten, setzen wir

uns ein, dass in jeder Gemeinde mit mindestens 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine rund um die Uhr besetzte Polizeidienststelle vorgehalten wird. Im Rettungswesen wollen wir ein engmaschiges Netz dezentraler Rettungswachen erhalten und ausbauen. Die derzeit begrenzten Spielräume der Kommunen als Träger der Rettungsdienstleistungen wollen wir erweitern und für deren auskömmliche Finanzierung durch das Land sorgen. Für die Feuerwehr streben wir die Bildung hauptamtlich besetzter Unterstützungseinheiten an, welche gemeindeübergreifend die örtlichen Feuerwehren unterstützen. Die ehrenamtliche Arbeit in freiwilligen Feuerwehren wollen wir würdigen und setzen uns u. a. für eine Feuerwehrrente in Höhe von 100 Euro ein.



Mobil sein in Stadt und Land

Mit Bus und Bahn zum Arzt, zum Einkaufen, in die Schule, ins Kino oder einfach nur zu Freunden: Was in den Großstädten in Sachsen möglich ist, wird im ländlichen Raum immer mehr zum Problem. In vielen

Orten im Freistaat hält der Bus nämlich nur noch zwei- oder dreimal am Tag. In den Ferien – also ohne Schulverkehr – wird es noch weniger. Viele Menschen sind aber auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Sie haben kein Auto, dürfen noch nicht oder können nicht mehr mit dem eigenen Kraftfahrzeug unterwegs sein. Dann wird jedoch auch der kleine Abstecker in den nächsten Ort zur schwer zu bewältigenden Tagesaufgabe. Der Weg zur Arbeit lässt sich damit kaum realisieren. Die Attraktivität des Freistaates als Lebensraum nimmt dadurch natürlich ab.

Das wollen wir ändern. Wir sind der Überzeugung: Ein kostengünstiges und barrierefreies Angebot an Bus und Bahn gehört zu einem attraktiven Lebensumfeld dazu. Unser Ziel ist es, in ganz Sachsen gute Anbindungen, schnelle Verbindungen und ein aufeinander abgestimmtes Umsteigesystem zu verwirklichen. Die Beförderung von Schülerinnen und Schülern muss dabei in jedem Falle kostenfrei werden, denn der Weg zur Schule gehört für uns zum Schulbesuch dazu. Die Angebote und Möglichkeiten von Bus und Bahn, Rad- und Fußverkehr und Car Sharing wollen wir at-



traktiv und flächendeckend weiterentwickeln. So wollen wir den Menschen im Freistaat eine Perspektive eröffnen, auf das bisher unverzichtbare eigene Auto auch mal verzichten zu können.



Wir wollen die Regierung stürzen ...

Es sind viele Dinge, die in Sachsen schief laufen: geschlossene Jugendclubs, ein rückständiges Schul- und Benotungssystem, fehlende Mitbestimmung, viel zu viele Nazis, patriarchale Strukturen, Überwachung, kaum Fortschritte in der Inklusion, Leistungsdruck und vieles mehr. Doch wir können mehr als nur fassungslos die Köpfe schütteln: Wir laden dazu ein, gemeinsam mit uns – ob auf der Straße oder vor dem Laptop, ob als Gruppe oder einzeln, ob als Mitglied oder Sympathisant/-in, ob geschlossen oder in freier Assoziation – grundsätzliche Kritik mit dem zu verbinden, was im Kleinen den Freiraum für das Große erweitert. Denn wir wollen raus aus der Lethargie, raus aus der Mitte und hinein ins schöne Leben!

Wir haben uns als Jugendverband zusammengeschlossen, um die Verhältnisse in Sachsen zum Tanzen zu bringen. Das wollen wir nicht nur auf der Straße, im Wohnzimmer oder im Verein, sondern auch im Parlament. Deswegen haben wir ein eigenes Landesjugendwahlprogramm geschrieben, in dem unsere Forderungen für die Landtagswahl ausgeführt wer-



... und noch viel mehr!

Auf der Landesliste der Partei DIE LINKE. Sachsen kandidieren (v. l. n. r.) Anja Klotzbücher, Anna Gorskih, Werner Kujat, Marco Böhme, Tom Rumberger und Marie Wendland.

den. Aber nicht nur ein eigenes Programm können wir bieten: Sechs junge Kandidat/-innen stehen auf der Liste der sächsischen LINKEN für den Landtag,

um unsere Forderungen auch ins Parlament zu tragen. Es geht um faire Bezahlung, wenn man schon arbeiten muss. Darum, dass du dir ein

Ticket für den ÖPNV leisten – oder in Zukunft sogar darauf verzichten – kannst, damit du möglichst schnell von Arbeit, Schule, Verein oder Familien-

treffen zum nächsten Planschbecken kommst. Darum, dass alle die Zeit am See genießen können und von Sexismus, Rassismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen verschont bleiben. Darum, dass du über deine Erlebnisse kommunizieren kannst, ohne überwacht oder ausgespäht zu werden. Was du am See zu dir nimmst, soll deine eigenverantwortliche und reflektierte Entscheidung sein, und du sollst keine Angst vor möglichen Repressionen haben. Wir möchten, dass es in Sachsen keine Angst, keine Diskriminierung, keine Verzweiflung und keine Nazis mehr gibt. Wir wollen, dass es mehr Mitbestimmung, mehr Beteiligung und mehr soziale Gleichheit gibt. Wir wollen Sachsen ökologischer, freier und moderner machen. Dafür haben wir in unserem Landesjugendwahlprogramm ganz konkrete Vorschläge. Diese Vorschläge sind zu diskutieren und sicher auch zu verbessern, aber wir wollen sie auch umsetzen – und zwar mit dir! Alle Infos, unsere Forderungen und Kandidierenden findest du auf unserer Website.

www.linksjugend-sachsen.de

Besser lernen

Sachsen ist stolz auf sein Bildungssystem. In den PISA-Umfragen belegt der Freistaat immer wieder obere Plätze im Vergleich der Bundesländer. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere zeichnet ein anderes Bild: Immer mehr Schülerinnen und Schüler erlangen nicht einmal den Hauptschulabschluss. Der Anteil lag 2013 bei rund 10,4 Prozent. Also mehr als jede zehnte Schülerin, mehr als jeder zehnte Schüler dieses Jahrgangs blieben ohne Abschluss. Die Zukunftschancen der Betroffenen sind damit mehr als gefährdet. Sachsens Bildungssystem arbeitet zudem an der Leistungsgrenze: So konnten in diesem Jahr die Schulbescheide an die Eltern erst verspätet versendet werden, weil nicht klar war, ob am 1. September vor jeder Klasse auch eine Lehrkraft stehen würde. Im Hau-Ruck-Verfahren versuchte die Staatsregierung, die Lücken zu schließen,

und lobt sich nun dafür, mehr Lehrkräfte als geplant anzustellen. Die Wahrheit ist allerdings: Nicht alle Lehrerinnen und Lehrer, die in Rente gehen, werden überhaupt ersetzt. Und das bei steigenden Schülerzahlen. Das muss sich ändern. Sachsen kann es sich nicht leisten, einen großen Teil seiner Jugend einfach abzuhängen. Wir wollen deshalb längeres gemeinsames Lernen in kleineren Klassen und eine Förderung von Leistungsschwächeren in den Schulen. Wir wollen mehr Lehrkräfte einstellen, um das Schulsystem insgesamt zu entlasten und Leistungsdruck bei Lehrerinnen und Lehrern wie auch bei den Lernenden zu reduzieren. Wir wollen auch die Möglichkeiten des zweiten Bildungsweges stärken, jungen Menschen ohne Schulabschluss die nachträgliche Qualifikation ermöglichen und auch späte Berufsausbildung nach dem 25. Lebensjahr vereinfachen.



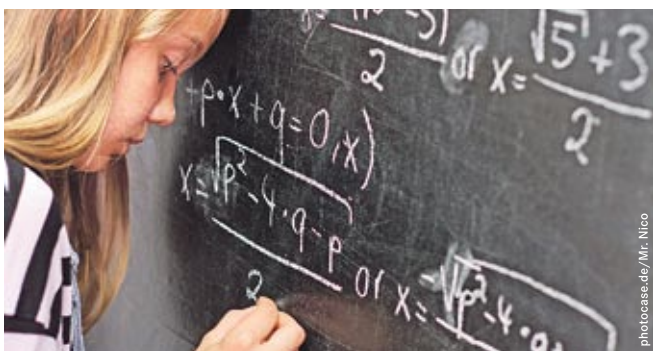
Sachsens Hochschulen fit machen für die Zukunft

Ab 2015 will der Bund die Kosten für das BAföG komplett übernehmen. Dadurch entsteht den Ländern ein finanzieller Spielraum, allein in Sachsen beträgt dieser 85 Millionen Euro. Sinnvollerweise könnte man dieses Geld nun in die Hochschulfinanzierung stecken.

Sachsens Hochschulen haben von jeher eine unterdurchschnittliche finanzielle Ausstattung. So wurden seit 1995 die Betriebskostenzuschüsse für die Hochschulen nicht erhöht. Mehrkosten tragen sie mittlerweile aus ihrem Globalhaushalt. Aktuell stehen 1042 Personalstellen auf der Streichliste. Landesweit regt sich Widerstand dagegen.

Doch statt die Chance zu nutzen, die Mittelausstattung der Hochschulen zu verbessern, legt die Staatsregierung einen »Zukunftsfonds« auf: Zwei Drittel der freiwerdenden Mittel fließen da hinein, der Rest geht den Hochschulen verloren. Und selbst mit diesem Geld können die Hochschulen keine Lücken in ihrem Haushalt stopfen: Finanziert werden dürfen Erstaussstattung, Großgeräte und vieles mehr, was möglichst nichts mit der Grundfinanzierung des wissenschaftlichen Betriebes zu tun hat. Wir wollen deshalb Alternativen zu dieser Hochschulpolitik schaffen: Um die personelle und technische Ausstattung

und die Betreuungsverhältnisse zu verbessern, wollen wir die staatlichen Zuschüsse an die Hochschulen mindestens auf das Niveau des Bundesdurchschnitts erhöhen. Die geplanten Personalkürzungen wollen wir unverzüglich zurücknehmen. Die Studentenwerke wollen wir wieder finanziell bedarfsdeckend ausstatten. Wir werden uns für den Erhalt der Volluniversitäten stark machen und dafür die Fächervielfalt an den Hochschulen zu bewahren. Hochschulen bilden eine wichtige Grundlage der Innovationsfähigkeit Sachsens. Der Freistaat kann es sich nicht leisten, seine Hochschulen finanziell ausbluten zu lassen.



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,



Sachsen ist ein schönes Land. Ich komme gern hierher, genieße die Landschaft, die Kultur, die Herzlichkeit der Menschen. Sachsen hat viel erreicht. Das ist die Leistung aller hier Lebenden.

Umso mehr ärgere ich mich jedes Mal über die Selbstherrlichkeit der hiesigen CDU. Seit fast 25 Jahren herrscht

diese Partei in diesem Land. Bundesweit macht sie mit ihrem ganz speziellen Verständnis »sächsischer Demokratie« Negativschlagzeilen. Den Menschen im Freistaat bietet sie eine Strategie der Niedriglöhne und verkauft Einkommen, von denen man nicht leben kann, auch noch als Standortvorteil. Vom Familienbild will ich erst gar nicht anfangen zu schreiben.

Ich will nicht akzeptieren, dass eine Partei ein Land als ihren Besitz ansieht. Das Land gehört den Menschen, die dort leben. Sie sollen es gestalten können, statt einfach regiert zu werden. Ich will eine Perspektive für alle Menschen im Freistaat, für ein besseres Leben in Sachsen.

Und genau das haben Sie jetzt in der Hand. Gegen die Tristesse und das Einerlei der sächsischen Staatsregierung gibt es ein einfaches Mittel.



Natürlich können Sie auch an andere Parteien denken. Aber wenn Sie für Frieden, soziale Gerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West sind, müssten Sie sich für DIE LINKE entscheiden.

Ich bitte Sie: Gehen Sie am 31. August zur Landtagswahl und machen Sie DIE LINKE stark. Auch im Bundesrat brauchen wir andere Stimmen aus Sachsen. Nach 25 Jahren können Sie in Sachsen etwas Neues versuchen.

Ihr
Gregor Gysi

Spenden

DIE LINKE engagiert sich für den Politikwechsel in Sachsen. Wir wollen in Sachsen einmal mehr das Fenster öffnen und frischen Wind hereinlassen. Bis zum 31. August sind wir überall im Land unterwegs, um von unseren Positionen zu überzeugen.

Doch der Wahlkampf kostet natürlich auch Geld. Wir wollen dabei unabhängig bleiben von großen Unternehmen und Banken. Deshalb würden wir uns über Ihre Spende freuen. Das geht ganz einfach.

Konto: 2 719 901 002
BLZ: 850 900 00
Verwendungszweck: Wahlkampfspende

www.dielinke-sachsen.de/spenden

Jetzt für iOS und Android:

Die nd-App



www.neues-deutschland.de/app



neues deutschland
DRUCK VON LINKS

austral. Ureinwohner	Eichmaß	Sache (lat.)	Verständnisaufruf	Klostervorsteher	Holzblasinstrument	Fenstervorhang	dummer Mensch (ugs.)							
Bergmannsuniform	9					Partytanz	Gartenblume							
Zensur			Dauerbezug von Zeitungen		2	3								
Wanderpause		12	Suppenschüssel											
Strom i. Afrika			See-forelle	2	8	1 5	14							
ind. Bundesstaat				5 1	3	4 8	Kinderbuchgestalt bei Kästner							
gedankl. Gehalt				7	6 3	2 4	Satz von Dingen							
	6			3 4	2 5	8 7								
Wildpflege		LINKE-Spitzenkandidat		8 2	4 7	3	Leipziger Bier-spezialität							
				8	4	3	Kartenspiel							
				7 3	2	4	Ausgang (engl.)							
engl. Musical-Komponist	Gewinner	türk. Titel	Das Für Staats-haus-haltsplan	1	Barockbau in Dresden	Zere-monie	Nordost-europäer							
					asiat. Meer-rettlich Folge		7							
							randlose Kopf-be-deckung							
							4							
Rede-kunst	11					Handlung								
						Zahl								
alt-nord. Prosa					Schwimm-vogel		Tag (span.)							
Bruder d. Falmir					ital. Autor		jap. Ur-bevölke-rung							
		Back-masse				Einfall	13							
Berliner Spitz-näme			Nischl-Stadt	10										
Gattung							TROLL							
		Neben-fluss der Maas				jap. Frie-dens-no-bel-preis-träger								
Lösungswort	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

Preisrätsel

Zu gewinnen:

■ Rico Gebhardt lädt in seine Heimatstadt Aue ein: eine Übernachtung für zwei Personen mit gemeinsamem Abendessen, gerne auch mit Besuch eines Heimspiels »seines« Vereins Erzgebirge Aue.



■ ein Halbjahresprint-abonnement von »neues deutschland« im Wert von 200 Euro

■ fünf Strandsets DIE LINKE mit Sonnenbrille, Sonnencreme und Badehandtuch

■ fünf Umhängetaschen »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf T-Shirts »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf Sonderedition-Image-Plakate der Partei DIE LINKE

Die Lösung bitte bis zum 1. September 2014 einsenden an: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Impressum: Zeitung zur Landtagswahl 2014 in Dresden, Auflage: 90000
Redaktionsschluss: 26. Juni 2014
Herausgeberin: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden
Telefon: 03 51 / 85 32 70
www.dielinke-sachsen.de
V.i.S.d.P. Antje Feiks. Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
Layout und Satz: DiG / TRIALON
Druck: Dresdner Verlagshaus Druck GmbH